



Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

10.10.2020

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

in den nächsten Wochen wird das Bundesbedarfsplangesetz im Bundestag wieder einmal behandelt. Ende Oktober steht bereits die erste Lesung auf der Tagesordnung.

Dieses Bundesgesetz regelt den beschleunigten Ausbau von Höchstspannungsleitungen im Übertragungsnetz und dient somit einseitig der Unterstützung des europäischen Stromhandels auch mit Atom- und Kohlestrom.

32 Bürgerinitiativen entlang der Juraleitung/P53 lehnen diesen Ausbau aus mehreren Gründen ab:

- Die Energiewende (100 % EE) wird damit blockiert.
- Strom muss dort erzeugt und gespeichert werden, wo er benötigt wird.
- Statt mit hohen Milliardenbeträgen Übertragungsnetze neu zu bauen, müssen unsere Verteilnetze modernisiert werden.

Es gibt noch viele weitere Gründe, warum mit diesem Gesetz die Klimaziele der Bundesregierung keinesfalls erreicht werden können. Wir informieren Sie gerne, falls Sie dies wünschen.

Mittlerweile sind bereits Tausende Bürger*innen in unseren Bürgerinitiativen aktiv und es werden täglich mehr. Unterstützt werden unsere Forderungen von Umweltverbänden und zahlreichen unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. So wurde z.B. nachgewiesen, dass von den vielen angeblich notwendigen Maßnahmen im BBPIG lediglich 9 tatsächlich für die Versorgungssicherheit gebraucht werden. Wir werden die Themen „überdimensionierter und falscher Netzausbau“ und „Bürgerenergie“ jedenfalls zu Hauptthemen im bevorstehenden Bundestagswahlkampf machen.

Daher bitten wir Sie als gewähltes Mitglied in unserem Bundestag, diesem BBPIG in seiner geplanten Form nicht zuzustimmen. Fordern Sie die neue Ausrichtung des Netzentwicklungsplans nach dem Bedarf an intelligenten Verteilnetzen (Smart Grid), einen wesentlich größeren Zubau von EE-Anlagen (ein fünftes Szenario bei den Berechnungen der Bundesnetzagentur), die Sektorenkopplung und den Vorrang von Speichern.

Damit verbunden ist natürlich auch die entsprechende Änderung im EEG, in dem z.B. die Eigennutzung von selbst erzeugtem PV-Strom unterstützt und von bürokratischen Hürden befreit werden muss, wie es die EU seit 2018 in ihren Richtlinien fordert.

Wir würden uns über eine positive Rückmeldung freuen, die wir natürlich an alle Mitglieder unserer Bürgerinitiativen weiterleiten werden.

Mit freundlichen Grüßen

für die Bürgerinitiativen gegen die Juraleitung:

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner

pressestelle@stromautobahn.de | www.stromautobahn.de | mobil 01573 2618073